



Reformierte Kirchen
Bern-Jura-Solothurn
Eglises réformées
Berne-Jura-Soleure

Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn | Postfach | 3000 Bern 22

An die Kirchenleitungen der
deutschsprachigen Schweiz
An kirchliche Medienschaffende

Bern, 26. November 2019

Aufruf zur tatkräftigen Unterstützung der Erklärungen von SEK und Bischofskonferenz gegen die Kriminalisierung gelebter Solidarität

Sehr geehrte Verantwortliche der Landeskirchen der deutschsprachigen Schweiz
Sehr geehrte kirchliche Medienschaffende

Am 2. November 2019 hat – verantwortet von einer ökumenischen Trägerschaft¹- die Ökumenische Herbsttagung 2019 in Bern zum Thema „Kirche.Macht.Politik.“ stattgefunden. Eingeleitet von bewegenden Worten der Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti, mündete die Tagung nach Inputs, kontroversen Diskussionen sowie einer grossen Bandbreite von Workshops in eine Schlusserklärung, die per Akklamation verabschiedet wurde.

¹ Kath. Kirche der Region Bern, Kirche im Dialog; Ev. ref. Landeskirche des Kantons Zürich, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Fachstelle OeME, offene kirche, Bern; Brot für alle

Bewegt vom Schicksal von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Schweiz (und auch auf ihrer Reise über das Mittelmeer), rufen die ca. 180 Teilnehmenden der Tagung dazu auf, dass Solidarität nicht kriminalisiert werden darf! Sie nehmen die Kirchen in die Pflicht, indem sie die entsprechende Erklärung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes unterstützen. Obwohl eine parallele Erklärung des Präsidiums der Schweizer Bischofskonferenz erst nach der Tagung erschienen ist, dürfen wir annehmen, dass die Tagungs-Teilnehmenden auch dieser in verstärkender Weise applaudiert hätten.

Die Teilnehmenden fordern, dass

1. die Landeskirchen diese Erklärungen aktiv aufnehmen und ihre eigenen Kommunikationskanäle und Medienkontakte nutzen, um gegen die Kriminalisierung der Solidarität klar Stellung zu beziehen.
2. die Landeskirchen Mitglieder, freiwillig Engagierte und kirchliche Mitarbeitende dazu aufrufen, der Nächstenliebe ohne Ansehen der Person und ihrer Herkunft nachzukommen.
3. sich die Landeskirchen dafür einsetzen, dass die Behörden auf die Strafverfolgung von Menschen, die aus achtenswerten Gründen Hilfe leisten, verzichten.
4. die Landeskirchen ihre Kontakte nutzen, um der parlamentarischen Initiative 18.461 „Solidarität nicht mehr kriminalisieren“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Besten Dank für die Aufnahme dieser Anliegen in Ihrem Kirchengebiet/in Ihren Kommunikationsmitteln.

Segenswünsche

Und freundliche Grüsse

Im Namen der Vorbereitungsgruppe der Ökumenischen Herbsttagung 2019 zu „Kirche.Macht.Politik.“



Heinz Bichsel
Bereichsleiter OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura Solothurn

- SEK: Solidarität nicht kriminalisieren, vertiefte Erläuterungen aus kirchlicher Sicht
- Präsidium Schweizer Bischofskonferenz: Hilfe in Not ist kein Verbrechen!